

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 11. Dezember 2018

Am 11. Dezember fand in Brüssel unter meinem Vorsitz eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Im Mittelpunkt der Gespräche standen der nächste Mehrjährige Finanzrahmen (MFR), das neue Achtzehnmonatsprogramm des Rates, die Vorbereitung des Europäischen Rates am 13./14. Dezember 2018, die Rechtsstaatlichkeit in Polen, das Europäische Semester 2019 sowie die Werte der Union in Ungarn.

Mehrjähriger Finanzrahmen 2021 - 2027

Ich gab einen Überblick über die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 unter österreichischem Vorsitz und verwies auf den vorliegenden Entwurf der Verhandlungsbox, den Fortschrittsbericht des Vorsitzes und den mündlichen Bericht von Bundeskanzler Kurz beim Europäischen Rat am 13. Dezember. Der künftige rumänische Vorsitz erläuterte, dass der MFR im 1. Halbjahr 2019 auf allen Tagungen des Rates Allgemeine Angelegenheiten behandelt werden sollte. Zum Entwurf der Verhandlungsbox führte der rumänische Vertreter aus, die Arbeit am vorliegenden Dokument fortsetzen zu wollen.

Achtzehnmonatsprogramm des Rates (1. Januar 2019 – 30. Juni 2020)

Der künftige rumänische Vorsitz stellte das vom Trio-Ratsvorsitz (Rumänien, Finnland, Kroatien) vorbereitete Achtzehnmonatsprogramm des Rates für den Zeitraum 1. Jänner 2019 bis 30. Juni 2020 vor.

Vorbereitung der Tagung des ER am 13./14. Dezember 2018

Der Rat bereitete auch die Tagung des Europäischen Rates vom 13./14. Dezember 2018 vor. Die Schwerpunktthemen waren unter anderem der Mehrjährige Finanzrahmen 2021-2027, Binnenmarkt, Migration, Außenbeziehungen, Klimawandel, Sicherheit und Verteidigung, Desinformation, Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Bürgerdialoge und Bürgerkonsultationen sowie die Vorbereitung der nächsten Strategischen Agenda.

Rechtsstaatlichkeit in Polen / Begründeter Vorschlag nach Artikel 7 Absatz 1 EUV

Ich verwies darauf, dass beim Rat Allgemeine Angelegenheiten am 26. Juni und am 18. September Anhörungen Polens im Rahmen des Verfahrens zu Artikel 7 Absatz 1 EUV stattgefunden haben. Die Anhörung im Rahmen der heutigen Ratstagung folge den bisher angewandten Modalitäten. Der erste Vizepräsident der Kommission Frans Timmermans betonte, dass die Bedenken der Kommission noch nicht ausgeräumt worden seien. Ich hielt fest, dass der Rat Allgemeine Angelegenheiten mit der Angelegenheit befasst bleibe.

Europäisches Semester 2019 – Jahreswachstumsbericht

Die Kommission stellte den Jahreswachstumsbericht vor. Die Prioritäten für 2019 seien weiterhin die Förderung von Investitionen, Strukturreformen und eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik.

Werte der Union - Ungarn / Begründeter Vorschlag nach Artikel 7 Absatz 1 EUV

Ich verwies auf den begründeten Vorschlag des Europäischen Parlaments, den Informationsvermerk der ungarischen Regierung zum Beschluss des Europäischen Parlaments vom 12. September und den faktischen Überblick der Kommission zu Vertragsverletzungsverfahren, die in direktem Zusammenhang mit dem begründeten Vorschlag nach Artikel 7 Absatz 1 EUV stehen. Der erste Vizepräsident der Kommission Frans Timmermans hielt fest, dass die Organisation der Arbeiten zur Durchführung des Verfahrens jetzt Aufgabe des Rates sei. Ich wies darauf hin, dass der Rat Allgemeine Angelegenheiten auf das Thema zurückkommen werde.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagungen sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

7. Jänner 2019

Mag. Gernot Blümel, MBA
Bundesminister